

# EUROPAMAIL

Der Email-Newsletter von Daniel Caspary MdEP



09.05.2009

## Das ist die Letzte

In Straßburg wurden diese Woche die Büros geleert. Dokumentenmappen, Computerzubehör, das Wappen aus dem Wahlkreis: alles wurde schön säuberlich in Kisten gepackt und nach Hause transportiert. Es war die letzte Plenarwoche vor der Europawahl am 7. Juni 2009 - und es gab noch einmal ein paar handfeste Überraschungen.

## Tschechien sagt ja: Reformvertrag gerettet

Eine positive Überraschung kam zum Abschied aus Tschechien: während wir uns in Straßburg bereits von ersten Kollegen und Mitarbeitern verabschiedeten, stand in Prag noch der EU-Reformvertrag auf der Kippe. Allen Unkenrufen zum Trotz: die Tschechen haben sich mit großer Mehrheit für Lissabon ausgesprochen.



Die Entscheidung aus Prag hat in Europa ein hörbares Durchatmen ausgelöst. Der **gestürzte Regierungschef Topolánek (Foto: EP)** hatte sich zum Abschied noch einmal kräftig ins Zeug gelegt und mit 54 zu 20 Stimmen bei 5 Enthaltungen einen überraschend großen Sieg im Senat eingefahren. Dies spiegelt auch den Willen des tschechischen Volkes wieder, das sich in jüngsten Umfragen wiederholt für den Vertrag von Lissabon ausgesprochen hatte.

Auch das EU-Parlament hat den Reformvertrag in dieser letzten Plenarwoche noch einmal auf die Tagesordnung gehievt: Zwei Berichte nahmen Stellung zu den neuen Aufgaben des **EU-Parlaments** und zu den neuen Zuständigkeiten für die **nationalen Parlamente**. Was sich für die **Bürgerinnen und Bürger** bei einer Ratifizierung ändert, hatten wir ja bereits in einem vergangenen Newsletter beleuchtet, diese Woche folgte dann nun noch ein aktueller Bericht zu den Auswirkungen auf das **institutionelle Gefüge**

der EU.

Die Zeichen für eine Ratifizierung stehen nun vergleichsweise gut: 26 der 27 europäischen Mitgliedsstaaten haben den Vertrag mittlerweile verabschiedet. Das zweite Referendum in Irland steht noch aus - aber auch hier kippt die Stimmung zugunsten von Lissabon.

**AUFRUF:** Die Uni Mannheim führt eine Umfrage zur Politik im Web 2.0 durch, an der ich beteiligt bin. Die Teilnahme dauert nur 5 Minuten und Sie können einen 15 € Amazon-Gutschein gewinnen: <http://e-government.uni-mannheim.de/>



## Parlament sagt nein: Telekom-Paket gekippt

---

**Am Mittwoch wurde das Telekom-Paket, für viele Beobachter überraschend, in zweiter Lesung gekippt. Der nach 18 Monaten Vorarbeit gefundene Kompromiss mit dem Rat ist damit erst einmal vom Tisch. Schlechte Nachrichten für die Konsumenten wie für die Telekommunikationsbranche.**

Das Telekom-Paket [hat uns ja schon einmal an dieser Stelle beschäftigt](#). Es besteht aus einer Reihe von Richtlinien und Verordnungen, die einen besseren Zugang zu Telekommunikationsleistungen ermöglichen sollen. Das bringt konkrete Vorteile für die Konsumenten: Anbieter müssen besser über ihre Angebote informieren, Vertragslaufzeiten werden auf 24 Monate begrenzt, die europäische Notrufnummer 112 muss auch über Internettelefonie erreichbar sein und die Wartezeit beim Übertragen der eigenen Telefonnummer darf maximal einen Tag betragen.

Und: das Paket wäre auch wichtig für die Anbieter, da es Rechts- und Planungssicherheit für die kommenden zehn Jahre schafft. Wer in neue Breitbandnetze investieren will - und die brauchen wir in Europa dringend - der würde vom Telekom-Paket profitieren. Der Branchenverband Bitkom steht daher auch hinter der Richtlinie. All diese Dinge wurden vom Parlament angenommen, gekippt wurde jedoch die Internetsperrung bei Urheberrechtsverletzungen. Diese war nie Kern des Pakets: es geht, wie **Berichterstatter Malcolm Harbour (Foto: EP)** betont, beim Telekom-Paket nicht um den Schutz von Urheberrechten. Vielmehr sollte das Thema ausdrücklich den Mitgliedsstaaten zur Ausarbeitung überlassen werden. Das war aber in der aufgeheizten Stimmung nur schwer zu kommunizieren und so ist die Zukunft des wichtigen und richtigen Gesamtpakets nun wieder völlig offen. Ich bedauere das sehr.



## Vermittlungsausschuss sagt nein: Arbeitszeitrichtlinie gescheitert

---

**Und noch ein Gesetzespaket ist auf den letzten Metern ins Straucheln geraten. Beim Telekom-Paket besteht noch die Chance auf eine Einigung, die Arbeitszeitrichtlinie jedoch ist tot. Das erste Mal seit zehn Jahren ist damit ein Gesetzgebungsverfahren im Vermittlungsausschuss gescheitert.**

Das Aus für die Arbeitszeitrichtlinie hat uns am Montag im Plenum beschäftigt. Lassen Sie uns einen kurzen Blick zurück werden: Ausgangspunkt der aktuellen Debatte war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Dieser hatte entschieden, dass Bereitschaftszeiten grundsätzlich als Arbeitszeiten zu betrachten sind. Sprich: eine Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden würde eine solche Bereitschaftszeiten mit einschließen. Das Europäische Parlament wollte diesem Ansatz bei der Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie folgen, der Ministerrat nicht. Auch bei zwei weiteren Punkten konnte im Vermittlungsverfahren keine Einigung erzielt werden: das Parlament wollte die Ausnahmeklauseln einzelner Mitgliedsstaaten von der Höchstarbeitszeit auslaufen lassen, der Ministerrat nicht. Das Europaparlament hatte sich dafür ausgesprochen, dass die maximale Arbeitszeit pro Arbeitnehmer gelten sollte – nicht pro Arbeitsvertrag. Auch hier war der Ministerrat anderer Ansicht.

Das Thema wird nun vermutlich in anderer Form auf das neu gewählte Parlament zukommen. Für Deutschland ist das nicht all zu schlimm, da wir hierzulande bereits recht fortschrittliche Arbeitszeitregelungen haben. Ansonsten gilt in Europa weiterhin die bisherige Arbeitszeitrichtlinie und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes.